

# Hanse- und Universitätsstadt Rostock

## Bürgerschaft

### Niederschrift

#### Sitzung des Kulturausschusses

---

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.10.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Raum, Ort:	Beratungsraum der Fraktionen 2. OG, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Lisa Kranig	DIE LINKE.PARTEI	
reguläre Mitglieder		
Dr. Johannes Kalbe	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Elke Kleemann	AUFBRUCH 09	
Anke Knitter	SPD	
Tom Lüth	SPD	
Hannes Möller	DIE LINKE.PARTEI	
Dr. Heinrich Prophet	CDU/UFR	
Susan Schulz	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Stellvertreter		
Karola Lemke	Rostocker Bund/Freie Wähler	Vertretung für: Dr. Sybille Bachmann
Dr. Fred Mrotzek	CDU/UFR	Vertretung für: Prof. Dr. Rudolf Friedrich Guthoff
Verwaltung		
Thomas Werner	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	
Sylvia Napp	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen, Protokoll	
Gäste		
Prof. Dr. Kersten Krüger	Universität Rostock, Historisches Institut	
Ralph Kirsten	Landeskulturrat MV	
Abwesende Mitglieder		
Dr. Sybille Bachmann	Rostocker Bund / Freie Wähler	entschuldigt
Prof. Dr. Rudolf Friedrich Guthoff	CDU/UFR	entschuldigt
Burkhard Rohde	AfD	entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2019
- 4 Anträge
  - 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund / Freie Wähler)  
  
Standort der Außenstelle M/V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen  
Vorlage: 2019/AN/0385
    - 4.1.1 Standort der Außenstelle M/V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen  
Vorlage: 2019/AN/0385-01 (SN)
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Diskussion des aktuellen Sachstandes zu den kulturpolitischen Leitlinien des Landes MV
  - 5.2 Informationen zur Arbeit des Amtes für Kultur, Denkmalpflege und Museen - Bereich Kultur (u. a. Sachstand zur Förderung der Freien Kulturträger)
  - 5.3 Informationen der Verwaltung
  - 5.4 Informationen der Ausschussvorsitzenden
  - 5.5 Anfragen der Ausschussmitglieder

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Kranig** eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Um 17.00 Uhr sind 10 Mitglieder / Stellvertreter anwesend.

**Frau Kranig** verpflichtet Herrn Dr. Fred Mrotzek (stellvertretendes Ausschussmitglied, sachkundiger Einwohner) per Handschlag gemäß § 28 (2) KV M-V auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

## **TOP 2      Änderung der Tagesordnung**

keine Änderungen

## **TOP 3      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2019**

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2019 wird von den Ausschussmitgliedern genehmigt.

## **TOP 4      Anträge**

### **TOP 4.1    Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund / Freie Wähler)**

**Standort der Außenstelle M/V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen**  
**Vorlage: 2019/AN/0385**

**Herr Werner** verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der die Ansiedlung der Außenstelle M-V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Rostock für sinnvoll erachtet werde.

Auf Antrag von Frau Kranig erteilen die Ausschussmitglieder **Prof. Dr. Kersten Krüger** vom Historischen Institut der Universität das **Rederecht**.

**Herr Prof. Dr. Krüger** plädiert für die Ansiedlung der Außenstelle in Rostock und weist auf die Vorteile des Standortes Rostock hin. In Rostock gebe es die wissenschaftliche Kompetenz, eine enge Zusammenarbeit mit der Behörde des Bundesbeauftragten, ein geeignetes Gebäude und bedingt durch die zentrale Lage der Stadt, eine gute Erreichbarkeit für Studenten, Wissenschaftler, Bürger und Touristen des Landes M-V. In Punkt 244 der Koalitionsvereinbarungen bekenne sich die Landesregierung zudem eigens zum Standort Rostock.

Er verweist auf die den Ausschussmitgliedern vorliegende ausführliche Argumentation von Herrn Prof. Dr. Creuzberger von der Universität Rostock, dem einzigen Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichtsforschung in M-V.

**Frau Kranig** berichtet, dass sie in Vorbereitung der Sitzung mit Herrn Mothes, Vorsitzender des BStU-Beirats, zur Thematik telefoniert habe. Herr Mothes favorisiere Schwerin als Standort. Mit der benachbarten Landesbibliothek und dem Landeshauptarchiv biete Schwerin seiner Ansicht nach die fachlich und räumlich besten Voraussetzungen. Die Einsicht Betroffener in die Akten sei zumeist erfolgt. Da in Schwerin auch die Unterlagen von Polizei, Justiz und Verwaltung lagern würden, sollten auch die Stasi-Unterlagen dort untergebracht werden. Der Zustand der Akten sei zudem schlecht, Schwerin habe die technische Ausstattung und finanzielle Mittel für Rekonstruktion und Digitalisierung. Für die Entscheidung des Bundesbeauftragten seien archivfachliche Kriterien wichtig.

**Herr Dr. Mrotzek** plädiert ebenfalls für den Standort Rostock. Die "Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland" arbeite sehr eng mit den Lehramtsstudenten zusammen. Das Bundesarchiv solle neben dem geplanten Arno-Esch-Zentrum errichtet werden.

Mit dem Stasi-Untersuchungsgefängnis, dem Historischen Institut der Universität und einem Uni-Hochhaus gebe es ideale Bedingungen für wissenschaftliche Forschung und historische Authentizität. Schwerin und Greifswald stießen zudem bereits personell an ihre Grenzen.

**Herr Prof. Dr. Kersten** weist darauf hin, dass die Akten der SED in Greifswald liegen. Rostock wäre für Forschung und Betreuung der Stasi-Akten der zentrale Ort in M-V.

Den erwähnten schlechten Zustand der Akten könne er nicht bestätigen.

Er äußert, dass der ehemalige Oberbürgermeister Roland Methling Interesse bekundet habe, die Gedenkstätte nach der Sanierung in die Trägerschaft der Stadt zu übernehmen.

**Herr Werner** regt an, mit dem neuen Oberbürgermeister dazu ins Gespräch zu kommen und die Rostocker Museumslandschaft dabei insgesamt zu betrachten.

Die Ausschussmitglieder unterstützen in der Diskussion mehrheitlich den Antrag. Die Argumente sprächen für Rostock, daher sei es sinnvoll mit dem Antrag ein Zeichen für den Standort Rostock zu setzen.

#### **Beschluss:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass der Standort für die Außenstelle M/V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Rostock angesiedelt werden soll.**

#### **Abstimmung:**

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 4.1.1 Standort der Außenstelle M/V des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen**  
**Vorlage: 2019/AN/0385-01 (SN)**

**TOP 5 Verschiedenes**

**TOP 5.1 Diskussion des aktuellen Sachstandes zu den kulturpolitischen Leitlinien des Landes MV**

**Herr Werner** übergibt den Ausschussmitgliedern den Entwurf der Stellungnahme zum Themenpapier zu den Kulturpolitischen Leitlinien des Landes und stellt das Papier zu Diskussion. Der Entwurf sei von der Verwaltung gemeinsam mit Frau Kranig und Frau Schulz sowie dem Kulturrat Rostock erarbeitet worden. Der Kulturrat befürworte die Stellungnahme. Die Stellungnahme müsse bis zum 22.10. in Schwerin sein.

Am 30.10. finde im Kultusministerium ein Arbeitstreffen mit der kommunalen Ebene statt, bei dem zum einen zum aktuellen Stand der Erarbeitung kulturpolitischer Leitlinien informiert werde. Zum anderen wolle man gemeinsam an vier ausgewählten Themenfeldern vertiefend weiterarbeiten und so das Leitlinienpapier weiter qualifizieren. Ziel sei die Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen.

Aus der Diskussion:

- Wie kann man mit Projekten Segregation aufbrechen? In den Stadtteilen seien Kontinuität und Qualität wichtig für die Attraktivitätssteigerung.
- Leitlinien der Kommune müssen ebenfalls überarbeitet werden.
- Die Sicherung der kulturellen Grundversorgung fehlt im Papier.
- Das Papier ist zu allgemein, zu unkonkret, enthält zu viele Phrasen.
- zu wenig Eingang städtischer Belange
- Sprachkulturgut nicht berücksichtigt
- Vorstellungen der Kulturkonsumenten werden nicht berücksichtigt, stärkere Perspektive aus Sicht des Rezipienten nötig
- Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen wichtig und Überprüfung, ob die Maßnahmen erfolgreich sind

Auf Antrag von Frau Kranig erteilen die Ausschussmitglieder **Herrn Kirsten vom Landeskulturrat das Rederecht.**

**Herr Kirsten** führt aus, dass er das Papier grundsätzlich begrüße. Es habe keine wissenschaftliche Begleitung und keine Vorher- / Ist-Analyse gegeben. Es gebe zwar Rezipientenumfragen deutschlandweit, aber nicht für Mecklenburg-Vorpommern. Der Prozess der Leitlinienentwicklung müsse öffentlich breit diskutiert werden, man müsse sich Möglichkeiten zum Nachsteuern offen halten. Er erwarte im Ergebnis einen sinnvollen Aktionsplan der sich auch in den Haushaltsmitteln widerspiegeln müsse.

**Herr Werner** erklärt, dass er die Ergebnisse der Diskussion als Ergänzung zur Stellungnahme formulieren werde.

#### Nachtrag

Mit Datum vom 19.10.2019 ist die Stellungnahme der Hansestadt Rostock mit folgender Ergänzung an das Kultusministerium versandt worden.

„Wichtig ist den Ausschussmitgliedern, dass sich der Verabschiedung der Leitlinien die Erarbeitung eines Aktionsplanes anschließt, der dann auch umzusetzen und dessen Wirksamkeit zu messen ist. Auch wenn sich die Leitlinien aus nachvollziehbaren Gründen nicht einzelnen Genres widmen, so hätten doch Spezifiken der Heimatpflege, wie z.B. die Pflege des Niederdeutschen, Eingang in die Leitlinien finden sollen. Wünschenswert wäre auch die Betonung dessen gewesen, dass die Umsetzung der Leitlinien kein Selbstzweck ist, sondern sich an den Interessen und Erwartungen der Rezipienten zu orientieren hat.“

#### **TOP 5.2 Informationen zur Arbeit des Amtes für Kultur, Denkmalpflege und Museen - Bereich Kultur (u. a. Sachstand zur Förderung der Freien Kulturträger)**

**Herr Werner** informiert über die Arbeit des Bereiches Kultur des Amtes für Museen, Denkmalpflege und Kultur und übergibt den Ausschussmitgliedern entsprechende Unterlagen. Schwerpunktthemen sind die Förderung der freien Kulturträger und die Kunst im öffentlichen Raum.

2019 ständen für die Förderung der freien Kulturträger 2,47 Mio EUR zur Verfügung. Für die Jahre 2020/21 seien die Planungen noch nicht abgeschlossen. Es sei von einer weiteren Erhöhung der Förderung auszugehen. Diese liege u.a. darin begründet, dass angestrebt werde, den Kulturträgern eine auskömmliche Vergütung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ermöglichen und das Personal in den Einrichtungen zu halten. Bei einem Zielkorridor von ca. 80% des tariflichen Gehalts müssten die Zuwendungen allein

für diese Maßnahme um mindestens 300 TEUR erhöht werden.

2013 seien durch die Bürgerschaft die Kulturpolitischen Leitlinien für die Rostock beschlossen worden. Ein Kulturentwicklungsplan sei bisher nicht vorgelegt worden. Man müsse sich neu verständigen, wie man damit umgehen wolle, ob kurzfristige Aktionspläne oder langfristige Planungen angestrebt werden.

**Herr Lüth** äußert, dass er die Fortschreibung der Kulturpolitischen Leitlinien für sinnvoll hielte.

### **TOP 5.3 Informationen der Verwaltung**

**Herr Werner** informiert zu den Themen

- Jüdische Kulturtage 2019
- 30 Jahre friedliche Revolution - Thementag im Rostocker Rathaus am 19.10. - eine gemeinsame Veranstaltung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Bunt statt braun e.V., der BStU (Außenstelle Rostock) und der Evangelisch-Lutherischen Innenstadtgemeinde Rostock

### **TOP 5.4 Informationen der Ausschussvorsitzenden**

keine Informationen

### **TOP 5.5 Anfragen der Ausschussmitglieder**

**Frau Kleemann** fragt nach, wer entscheide, welcher Theaterentwurf realisiert werden solle.

**Herr Werner** erläutert, dass die RGS, die den Wettbewerb ausgelobt habe, mit dem Sieger und den beiden Drittplatzierten jetzt die konkreten Details verhandle und zum Jahresende die Entscheidung geplant sei. Mit einem der Büros werde zunächst bis zu Genehmigungsplanung ein Planungsvertrag geschlossen. Die Kriterien für die Entscheidung sind:

- zu 40 Prozent das Ergebnis des Architektenwettbewerbes
- zu 50 Prozent die Wirtschaftlichkeit des Entwurfes und die damit verbundene Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens
- zu 10 Prozent die Honorarvorstellung der Planer

**Herr Dr. Kalbe** verweist auf den neu vorgelegten BUGA-Bericht und äußert seine Verwunderung über die dort aufgeworfene Thematik eines Standortwechsels für das Archäologische Landesmuseum.

---

Gez. Lisa Kranig                      04.11.2019  
Ausschussvorsitzende

---

Sylvia Napp  
Protokoll